

Ressort: Politik

Kindesmissbrauch: Missbrauchsbeauftragter beklagt hohe Fallzahl

Berlin, 13.06.2017, 13:22 Uhr

GDN - Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung hat sich schockiert über den ersten Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs geäußert. "Der Bericht ist tief erschütternd", sagte Johannes-Wilhelm Rörig den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochsausgaben).

Er beklagte, dass die Zahl der Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch bisher nicht zurückgegangen sei. "Wir haben eine ungebrochen hohe Fallzahl. Jedes Jahr gibt es mehr als 12.000 Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Kindesmissbrauchs. Das Dunkelfeld ist noch sehr viel größer", so Rörig. Der Zwischenbericht gebe einen intensiven Einblick in das Leid missbrauchter Kinder und das Versagen ihres Umfelds. "Manche Betroffene haben zum ersten Mal über ihre Erlebnisse gesprochen", sagte Rörig. "Ich bin sehr froh, dass wir der Regierung diese unabhängige Kommission gegen den Widerstand in der Großen Koalition überhaupt abgerungen haben." Am Mittwoch veröffentlicht die Unabhängige Kommission den Zwischenbericht. Die Kommission hatte im Mai 2016 ihre Arbeit aufgenommen. Sie untersucht sämtliche Formen von sexuellem Kindesmissbrauch in der Bundesrepublik und in der DDR. Seit Mai 2016 haben sich bei der Kommission rund 1.000 Betroffene und andere Zeugen für eine vertrauliche Anhörung gemeldet. Davon konnten bisher etwa 200 durchgeführt werden. Zusätzlich sind 170 schriftliche Berichte eingegangen. Scharfe Kritik übte der Missbrauchsbeauftragte an Politik und Zivilgesellschaft: Nach den ersten großen Missbrauchsskandalen sei die Aufmerksamkeit groß gewesen. Doch das habe sich mittlerweile geändert: "Politik und Gesellschaft sind in den letzten Jahren abgestumpft, viele verdrängen die Missbrauchstopfer, sie schauen wieder weg." Die Bekämpfung des Missbrauchs sei in der Zeit der Großen Koalition auf politischer Sparflamme gelaufen. Auch bei der Aufarbeitung sei vieles schlecht gelaufen: So habe Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) es versäumt, die Reform des Opferentschädigungsgesetzes auf den Weg zu bringen. "Das ist eine Riesenenttäuschung für die Betroffenen", so Rörig. Das Verfahren, welches Betroffenen derzeit zugemutet werde, sei dem Rechtsstaat nicht würdig.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-90642/kindesmissbrauch-missbrauchsbeauftragter-beklagt-hohe-fallzahl.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com